

«USA werden weitere Banken anklagen»

US-Steuerjurist warnt Schweiz

VON PETER BURKHARDT

Seit Sommer 2010 operiert der US-Steueranwalt Milan Patel in Zürich. Er berät US-Bürger mit Schweizer Bankkonten. Deren Nachfrage nach internationaler Steuerberatung war nach dem UBS-Fall stark angestiegen. Patel war leitender Mitarbeiter der US-Steuerbehörde (IRS).

Herr Patel, das US-Justizministerium hat diese Woche die Credit Suisse ins Visier genommen. Droht dem Finanzplatz Schweiz ein neuer Sturm?

Milan Patel: Das ist zu befürchten. Ich habe schon vor einem Jahr davor gewarnt, dass die US-Regierung weitere Klagen gegen Schweizer Banken plant. Leider hatte ich recht.



Milan Patel.

Der Fall UBS war erst der Anfang?

Richtig. Die Hoffnungen haben sich zerschlagen, dass die USA nach dem Abschluss des Staatsvertrags mit der Schweiz über den Zugriff auf

UBS-Kundendaten lockerlassen. Es ist eine endlose Geschichte.

Hören die Angriffe auf den Schweizer Finanzplatz denn nie auf?

Erst wenn die Leute aufhören, ihre Steuern zu hinterziehen.

Erwarten Sie weitere Klagen?

Ja, die USA werden weitere Banken und Bankmitarbeiter anklagen. Die neueste Anklage im Umfeld der Credit Suisse ist ein klares Signal: Die USA gehen nicht nur gegen US-Steuerflüchtlinge vor, sondern auch gegen jene, die ihnen weltweit bei Steuerflucht aktiv helfen. Das können Banken, Anwälte, Vermögensverwalter oder Treuhänder sein. Schweizer Banken werden überdurchschnittlich davon betroffen sein.

Wieso?

Es scheint, dass der IRS vor allem Zugang zu Kundendaten von Schweizer Banken hat.

Was kommt auf die Credit Suisse zu?

Ich habe eine sehr zuverlässige Information, dass im nächsten Monat ein so genanntes «John Doe Summons»-Verfahren gegen eine grosse Schweizer Bank eröffnet wird. Das heisst, der IRS beantragt den Zugriff auf eine grosse Zahl von steuerlich nicht offengelegten Konten von US-Kunden in der Schweiz.

Mit einem solchen Verfahren haben die USA schon die UBS in die Mangel genommen und das Bankgeheimnis geknackt. Wie viele US-Kunden der Credit Suisse müssen nun befürchten, dass ihre Namen ausgeliefert werden?

Die genaue Zahl kenne ich nicht. Aber das «John Doe Summons» wird alle US-Bürger betreffen, die bei der betroffenen Bank Konti mit un versteuertem Geld haben.

Was heisst das für die Credit Suisse?

Für die betroffene Bank bedeutet ein «John Doe Summons» grosse finanzielle Einbussen. Es gibt hohe Rechtskosten, vor allem aber einen Reputationsschaden, der einen Geldabfluss auslöst. Viele Kunden werden die Bank verlassen.

Wird es erneut einen Staatsvertrag geben, in dem die Schweiz die Auslieferung von Kundendaten garantiert?

Das ist nicht nötig, denn in einer Zusatzklärung zum Staatsvertrag über die UBS-Kundendaten hat die Schweiz ausdrücklich die Verfolgung in ähnlich lautenden Fällen zugelassen.

Rechnen Sie mit einer Anklage gegen die Credit Suisse selbst?

Das muss nicht sein. Vielleicht einigt sie sich auf einen Vergleich mit dem IRS, um eine Anklage und eine Situation wie bei der UBS zu verhindern.

Gaddafis Sohn Saadi fehlt auf der Schweizer Sanktionsliste

Parlamentskommission veranstaltet Hearing über den Umgang der Schweiz mit Potentatengeldern

Die Sanktionsliste des Bundesrats zu Libyen zeigt Lücken: Nicht von der Sperre betroffen ist Saadi Gaddafi. Im März müssen sich die Behörden den Parlamentariern erklären.

VON YVES DEMUTH

Die ausserpolitische Kommission des Nationalrats verlangt von den Verwaltungsstellen des Bundes Auskunft über den Umgang der Schweiz mit Potentatengeldern. Deshalb bestellt Kommissionspräsidentin Christa Markwalder Vertreter der Geldwäschereistelle MROS, des Bundesamtes für Polizei Fedpol, der Direktion für Völkerrecht des Aussendepartements EDA sowie voraussichtlich der Finanzmarktaufsicht Finma zur nächsten Sitzung. Ebenfalls eingeladen zu diesem Hearing Ende März werden die Mitglieder der nationalrätlichen Rechtskommission. Laut FDP-Nationalrätin Markwalder sollen mit dieser Anhörung die operativen Abläufe zur Abwehr von Potentatengeldern geklärt und all-



Einst beim italienischen Fussballklub Sampdoria Genua: Saadi Gaddafi.

fällige Vollzugsprobleme erörtert werden. Danach wird es wahrscheinlich eine zweite Anhörung mit externen Experten wie etwa dem Basler Strafrechtsprofessor Mark Pieth geben, so Markwalder gegenüber dem «Sonntag».

DASS ES VOLLZUGSPROBLEME gibt, ist für SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer klar. Beim Entscheid über eine Geldwäscherei-Verdachtsmeldung hätten die Banken zu viel Spielraum, was sie nun durch parlamentarische Vorstösse korrigieren will. Hintergrund der Kritik ist, dass etwa im Fall des tunesischen Ex-Präsidenten Ben Ali und seines Umfelds bei der MROS nach der Sperre des Bundesrates Geldwäscherei-Verdachtsmeldungen in der Höhe von rund 80 Millionen Franken eingingen – obwohl die Banken dies bei begründetem Verdacht oder diesbezüglichen «Wahrnehmungen» bereits früher hätten melden können. Die Bankvereinigung sieht indes keine Vollzugsprobleme. Laut Sprecher Thomas Sutter wäre aber «ein regelmässiger Dialog mit der MROS sowie dem EDA hilfreich».

Der Zuger Anwalt und Geldwäsche-reiexperte Luka Müller-Studer ortet derzeit seit den Sanktionen eine verstärkte Unsicherheit bei Finanzintermediären über den Umgang mit Kunden aus Tunesien, Ägypten oder Libyen. Ähnliches hat auch Eliane Bittel von KYC Spider festgestellt. Beim Zuger Datenbankservice über politisch exponierte Personen fragten vor dem Sanktionsentscheid zu Ägypten diverse verunsicherte Finanzintermediäre an, wie sie nun generell mit ägyptischen Kunden umgehen sollen.

Zur Verunsicherung trägt zudem das EDA selbst bei, das auf die jüngste Sanktionsliste zu Libyen nur sechs der sieben Gaddafi-Söhne setzte. Saadi Gaddafi, für kurze Zeit Fussballprofi in Italien, fehlt. Hingegen setzte das EDA mit Hana Gaddafi eine Adoptivtochter auf die Liste, welche bereits 1986 bei einem US-Luftangriff ums Leben gekommen ist. Ein EDA-Sprecher sagte gestern Abend dazu, dass die Frage einer Aufnahme von weiteren Personen auf die Sanktionsliste geprüft werde. Zudem gebe es Gründe, warum Hana Gaddafi auf der Liste sei.



Im Grandhotel Kronenhof in Pontresina ist der Aufenthalt günstiger als in manchem österreichischen Luxushaus.

Schweizer Luxushotels im Hoch

Winterferien in einem St. Moritzer Luxushotel sind günstiger als in Züri oder Lech – dafür punktet Österreich im Billigsegment

VON KARL WILD

«Zu den grossen Gewinnern des Jahres 2010 zählen die 5-Sterne-Betriebe», bilanzierten die Organisationen Schweiz Tourismus und Hotellerieuisse. Mit gutem Grund: Derweil die Hotelübernachtungen entgegen allen düsteren Prognosen im vergangenen Jahr um insgesamt 1,7 Prozent stiegen, legte die Luxushotellerie gar um 4,8 Prozent zu. Wachstumstreiber waren die grossen Städte. Doch auch die alpine Luxusferienhotellerie konnte das hohe Niveau des Vorjahres praktisch halten. Der Wirtschaftskrise und dem starken Franken zum Trotz.

HERAUSGEHOBEN WURDE überdies, dass der Anteil der Schweizer Gäste, die ihre Ferien im eigenen Land verbrachten, um 2,2 Prozent gestiegen ist. Gleichzeitig hat indes auch der touristische Hauptkonkurrent Österreich seine Freude an

Im vergangenen Jahr wurden erstmals über eine Million Ankünfte von Schweizer Gästen registriert, was einer Zunahme von 5,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Für Branchenexperten ist klar, welche Schweizer dem Nachbarland den Vorzug geben. Es sind grösstenteils jene, die den Preis über alles stellen. Befragt man die Gäste vor Ort, wird das natürlich bestritten. Aber die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Die grösste Zunahme an Schweizer Gästen verzeichnet die Ferienregion Serfaus/Fisss/Ladis. Dort ist das Angebot an einfachen Hotelunterkünften, Ferienwohnungen und Campingplätzen enorm. Hotels mit vier Sternen gibt es gerade eine Handvoll, Fünfsternehäuser sucht man vergeblich. Für andere Gewinner wie Schruns, Leermos oder Mayrhofen gilt dasselbe. Es sind die Regionen, die Schweizer Gäste

bisweilen mit geradezu ruinösen Dumpingangeboten bewerben.

In der Gunst der Schweizer Gäste gesunken sind jene österreichischen Ferienorte, die über eine exzellente Fünfsternehotellerie verfügen: Seefeld, Zell am See oder Sölden. Und Züri/Lech, die exklusivste Station in Österreichs Alpen, liegt in der Beliebtheitsskala der Schweizer so weit hinten wie noch nie.

Erstaunlich ist das nicht. In Züri und Lech gibt es drei Fünfsterne-Superhäuser. Erkundigt man sich an Ort und Stelle über die Preise, wird man nicht eben mit Freundlichkeit eingelullt. Dafür kommt man einigermaßen ins Staunen: In «Thurnher's Alpenhof» kostet das Doppelzimmer mit Halbpension in der laufenden Winter-Hochsaison umgerechnet 888 Franken. Im «Almhof Schneider» sind es (nur mit Frühstück) 1042 Franken. Und den Vogel schießt

das «Aurelio» in Lech ab. Dort wird einem unterkühlt mitgeteilt, dass die Nacht im Doppelzimmer 1930 Franken kostet. Immerhin inklusive Halbpension.

ZUM VERGLEICH zwei weltberühmte St. Moritzer Herbergen: Im «Badrutt's Palace» kostet die Nacht mit Halbpension zum selben Zeitpunkt 1055 Franken, im «Suvretta House» sind es 835 Franken. Im «Kronenhof» in Pontresina kommt man mit 590 Franken davon, ebenfalls inklusive Halbpension. Andere Top-Herbergen wie das «Bellevue» in Gstaad, der «Lenkerhof» in Lenk, das «Tschuggen» in Arosa oder das «Ferienart Resort» in Saas-Fee liegen im selben Preissegment wie der «Kronenhof». Diese Schweizer Hotels sind derzeit so gut wie ausgebucht. Mit einem Anteil an Schweizer Gästen, der höher ist denn je. Auch die betuchte Klientel rechnet.